Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Wien: M. Dukes. — Breslau: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Stettin: R. Sulzman. — Frankfurt a. M.: G. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilhelm. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31ter rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 414. [31. Jahrgang.] Berlin, Montag den 5. September 1892, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 414.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements** bei den betreffenden **Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honoraranspruche erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 5. September.

Die beiden am 1. und 2. September zur Entscheidung gebrachten Reichstags-Ersatzwahlen bieten mehrfach Anlaß zu parteipolitischen Kombinationen, welche theilweise zu weit zu gehen scheinen. Im Herford-Haller Wahlkreise hat der Kampf um das Reichstagsmandat des verstorbenen Herrn v. Kleist-Retzow zu dem Ergebniß geführt, daß auch in Zukunft eine Wählerschaft streng konservativ vertreten sein wird, die vorwiegend positiv gerichtet ist und bisher fast immer konservativ gewählt hat. Die Anläufe, welche liberalerseits gemacht werden sollten, um das Mandat den Konservativen zu entwinden, konnten von vornherein um so weniger Aussicht auf Erfolg eröffnen, als das in der Idee allerdings für manche Kreise verlockende Zusammengehen aller Liberalen in demselben Augenblicke sich in Wohlgefallen auflöste, in welchem es praktisch werden sollte, und als nicht in letzter Linie auch von Seiten des konservativen Bewerbers um das Mandat und seiner Freunde alle erforderliche Mühe aufgeboten wurde, um einer Wahlpropaganda mit Entschiedenheit entgegenzutreten, wie sie, insbesondere dann von linksliberaler Seite, mit bekannter Mittelin in Szene gesetzt zu werden pflegt, wenn es darauf ankommt, den Konservativen einen Wahlkreis, der zu ihrem Besitzstand gehört, zu entreißen. Sollte der Ausfall der Wahl im Herford-Haller Reichstagswahlkreise durchaus den Erwartungen entsprechen, die insbesondere in konservativen Kreisen von vornherein gehegt wurden, und will es hier sehr wenig besagen, wenn sich entweder die eine oder andere liberale Couleur einen Stimmenzuwachs zu Gute schreibt, der nicht beträchtlich ist, so hat die Stichwahl im Sagan-Sprottauer Wahlkreise, entgegen der Berechnung, die an die „Scheidung der Geister" im ersten Wahlgange geknüpft wurde, zu einem Sieg des freisinnigen Bewerbers geführt, während der auf Grund der Stimmenvertheilung bei der Hauptwahl dem freisinnigen Kontrahenten überlegene konservative Kandidat mit etwa 1000 Stimmen hinter seinem freisinnigen Gegner zurückgeblieben ist.

Hieraus eine Niederlage der Konservativen abzuleiten, scheint um so weniger angängig, als der in Frage stehende Wahlkreis ebenso zum Besitzstand der Freisinnigen gehörte, wie der Halle-Herforder zum Besitzstand der Konservativen. Aber auch die Schlußfolgerungen, die sich an die Parteibewegung angeschlossen hat die diesmaligen Ersatzwahl knüpfen ließen, soweit jene im Ergebniß des ersten Wahlganges zu derjenigen Unverfälschtheit des Ausdrucks kam, welche durch Stichwahlen selten erlangt wird, können durch das Stichwahlergebniß in keiner Weise umgestoßen werden. Denn wenn in einem Wahlkreise, den zu behaupten die Freisinnigen ein sehr dringendes Interesse hatten, trotz eifrigster Agitation die Stimmenzahl der ihre Position vertheidigenden Partei bei der Hauptwahl einen erheblichen Rückgang erfuhr, so war daraus mit vollem Recht zu folgern, daß sich die Wählerschaft in geringerem Grade wie früher zu einer Partei hinzugezogen fühle, bei welcher das Bewußtsein der Verpflichtung, durch positive Arbeit die Kraft ihres Könnens zu beweisen, zu dem vorwiegend geltend gemachten Recht zur negativen Kritik in einem solchen Mißverhältniß steht, wie es bei der freisinnigen Partei der Fall zu sein pflegt. Wenn die Stimmung der Wähler eine andere gewesen, so wäre sie vor Allem nicht in der verhältnißmäßig geringen Wahlbetheiligung derjenigen Wähler zur Erscheinung getreten, welche früher liberal resp. freisinnig gestimmt hatten. Daß diese, während sie sich bei der Hauptwahl der Abstimmung enthielten, zur Stichwahl zu erscheinen sich mehr oder minder verpflichtet gefühlt haben, ist ebenso wenig überraschend, wie es die Ansicht umzustoßen geeignet erscheint, daß die Hinneigung der Wähler zur freisinnigen Partei in einem Wahlkreise sich vermindert habe, der seit Jahren als einer der freisinnigsten gelten durfte. Sogar man außerdem in Rechnung, daß ein Theil der Sozialdemokraten, gleichviel ob diesen Stimmenthaltung empfohlen war oder nicht, bei der Stichwahl für den freisinnigen Konkurrenten des aus der Hauptwahl mit der relativ größten Stimmenzahl hervorgegangenen konservativen Bewerbers um das Mandat gestimmt hat, so liegt auf der Hand, wie wenig Ursache die freisinnige Partei hat, das Stichwort eines ihrer Blätter als zutreffend zu unterschreiben, nach welchem die Partei bei der Stichwahl in Sagan-Sprottau „vollständig aus eigener Kraft sich glänzend behauptet" habe. Der Sieg ist den Freisinnigen am 2. September geblieben, weil die bei der Hauptwahl ihnen abgeneigten Stimmführer zur Stichwahl zu erscheinen mehr der Noth gehorchend als dem eigenen Triebe sich gedrungen fühlten, und weil die Sozialdemokraten ihre Zwecke am besten zu fördern glaubten, wenn sie, soweit möglich, zur Wahl des Freisinnigen und nicht zur Wahl des Konservativen beitrugen.

Beweist auch die Sagan-Sprottauer Stichwahl wieder, wie wenig richtig der Ausgang von Stichwahlen den Gang und Charakter einer Parteibewegung zum Ausdruck zu bringen geeignet erscheint, so ist es doppelt unzutreffend, aus dem nichts weniger als „vollständigen" Sieg der Freisinnigen in dem in Frage stehenden Wahlkreise Schlüsse zu ziehen, die mit denjenigen im Widerspruch stehen, welche an dieser Stelle gezogen wurden auf Grund des Stimmenverhältnisses, wie es bei der Hauptwahl hervorgetreten war.

Aus **Swinemünde** übermittelt „W. T. B." über den Besuch des Kaisers daselbst unter dem 4. September noch folgende Mittheilungen:

Se. Majestät der Kaiser empfing gestern Abend an Bord des „Kaiseradler" den Besuch Sr. königl. Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen. Um 11 Uhr kehrte derselbe nach der Rhede zurück.

Nach dem heutigen Gottesdienst an Bord des Admiralschiffes „Mars" hielt Se. Majestät der Kaiser vor dem Offizierkorps Kritik über die gestrigen Manöver ab und machte Mittheilung von Rangerhöhungen, u. a. von der Beförderung des Vizeadmirals Freiherrn v. d. Goltz zum Admiral.

Heute, Sonntag Vormittag 10½ Uhr, begab sich der Kaiser zum Gottesdienste an Bord des im Hafen anfernden Artillerie-Schulschiffes „Mars" und sodann auf die Segelyacht „Meteor", welche um 11½ Uhr dem unter Kaiserflagge abkommenden „Mars" in See folgte. Das Geschwader wird heute Mittag nach Saßnitz und morgen von dort nach Kiel abgehen.

Um 7½ Uhr kehrte Se. Majestät an Bord der kaiserlichen Yacht „Meteor" nach achtstündiger Segelfahrt in den hiesigen Hafen zurück.

Um 10½ Uhr verließ der Kaiser die Yacht „Kaiseradler" und begab sich an der gegen überliegenden Fähre bereitstehenden Salonzug. Die Abfahrt erfolgte unter enthusiastischen Hochrufen des nach Tausenden zählenden Publikums. Die Gebäude in der Nähe des Bahnhofes waren prächtig illuminirt. Se. Majestät dankte unausgesetzt vom dem Fenster des Salonwagens für die dargebrachten Huldigungen.

Am heutigen (Montag-) Morgen 8 Uhr traf Se. Majestät mittelst Sonderzuges in Potsdam ein und begab sich in in offenem Zweispänner nach dem Marmorpalais.

Bei der gestrigen Ruderregatta erhielt der zweite Kutter des Schulschiffes „Mars" den von Se. Majestät dem Kaiser gestifteten silbernen Pokal als Preis.

Eine in verschiedenen Provinzblättern gleichlautend auftauchende Berliner Zeitschrift meint, wenn die **Militärvorlage** erst im Wortlaut vorliegen werde, so würde sich am Deutlichsten ergeben, „wie unbeschädigt die Zweifel daran sind, daß die Durchführung der preußischen Dienstzeit bei der Infanterie ohne jeden Hintergedanken unter der Voraussetzung der Erhöhung der Friedenspräsenz und der wiederholt besprochenen Kompensationen, namentlich der Errichtung neuer Kadres, beabsichtigt ist." Weiter heißt es dann: „Die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie ist nämlich in Verbindung mit der Ausbildung und Ausbildung aller waffentüchtigen Leute das Mittel, um einen der Hauptzwecke, die mit der Militärvorlage verfolgt werden, die Verjüngung der Feldarmee, zu erreichen. Sie wird eine viel größere Anzahl junger Leute im Alter bis zum 32. Lebensjahre, die im Kriegsfalle sofort gegen den Feind marschiren können, liefern und dadurch einerseits die Schlagkertigkeit der Armee erhöhen, andererseits die Kriegslast der Landwehrmänner erleichtern, deren alsbaldige Einreihung in die Bewegungsarmee gegenwärtig zum Theil unvermeidlich wäre." Wahrscheinlich werde deshalb auch der Streit, ob thatsächliche oder gesetzliche zweijährige Dienstzeit, in den Militärdebatten gar keine so große Rolle spielen, wie jetzt noch scheine. Der Reichstag werde die Ueberzeugung gewinnen, daß, wenn die Militärvorlage durchgeht, die zweijährige Dienstzeit der Infanteristen endgültig, unzweifelhaft und dem 1. Oktober 1893, in Kraft tritt, und es mag sogar, da es eben der Regierung unter den Voraussetzungen der Vorlage voller Ernst damit ist, nicht ausgeschlossen sein, daß gewisse, wenn auch in Wirklichkeit unwichtige gesetzliche Bürgschaften hereinbart werden." Endlich wird noch angeführt, daß für die Mindertauglichen, die den Mannschaften den Arbeitsdienst abzunehmen haben, so daß für diese mehr Zeit für die kriegsmäßige Ausbildung frei werden soll, neue Kadres gebildet werden sollen, denen auch im Kriegsfalle besondere Obliegenheiten zu übertragen wären.

Auch in diesen Mittheilungen, die von einem schlesischen Blatte noch besonders durch die Mitteilung eingeleitet werden, daß sie von „einer mit den amtlichen Kreisen Beziehungen pflegenden Korrespondenten" herrühren, dürfte — wie in allen uns bisher zu Gesicht gekommenen Mittheilungen der Blätter über die Militärvorlage — Falsches und Wahres gemischt sein. Richtig ist es, daß sich ein Urtheil über die Vorlage erst dann gewinnen läßt, wenn man deren Inhalt kennt. Dieser Gesichtspunkt aber sollte für die Presse der zu positiver Mitarbeit bereiten Richtungen den Ausschlag sollte geben, daß man eine auf unvollständige Unterlagen hin erfolgende Erörterung einstellt. Der Entschluß hierzu möchte um so leichter fallen, als, wie wir erfahren, Ende dieses oder Anfangs des nächsten Monats eine für die Oeffentlichkeit bestimmte autentische Darlegung des Zwecks und Inhalts und damit des Inhalts der Militärvorlage in Aussicht steht.

In Anknüpfung an die Mainzer Katholikenversammlung haben wir im Abendblatt vom Sonnabend betont, wie dem Zentrum die Einigkeit Aller seine, auch von dessen Gegnern nicht zu bestreitende Kraft verdanke, und haben andere Parteien darauf verwiesen, daraus zu lernen.

Vermuthlich der letzteren Hinweis hat eine Reihe von Parteiorganen in starke Aufregung versetzt, und begnügen wir uns, für heute hier zu konstatiren, welches Echo unsere sachlich unanfechtbaren Bemerkungen von jenen Seiten fanden. Um eine höchst charakteristische Aeußerung der rheinischen Wetterfahne, genannt „Kölnische Zeitung", nicht verloren gehen zu lassen, geben wir zunächst dieser das Wort:

. . . . schwüler Wetterrauchzuft steigt aus den Spalten empor, aus denen so oft ein geistesgewaltiger Staatsmann zum deutschen Volke gesprochen hat. Wenn man auf der Haltung und aus den politischen Liebhaberreien des offiziösen Blattes auf den Geist oder Ungeist schließen dürfte, der in Regierungskreisen herrscht, so müßte man annehmen, daß in diesen Kreisen das Wort, man solle den Namen Gottes nicht unnütz im Munde führen, vielfach übertreten wird. Wir haben schon wiederholt betont, es sei nicht unbedingt nothwendig, die Stimmung der Nation gegenüber der Regierung durch offiziöses Liebesgirren noch zu verschärfen. Die Aeußerungen der „Nordd. Allg. Ztg." über die Mainzer Generalversammlung überbieten nun Alles, was bisher in dieser Richtung geleistet worden ist."

Nachdem dann unser Artikel wiedergegeben ist, heißt es weiter:

„Wenn man diese Zeilen aufmerksam liest, so scheint ein unwillkürlich das Gefühl des Mitleides mit dem armen Offiziösen, der sein Gebiet abquält, um die Logik, die gesunde Vernunft und die natürliche Ordnung der Dinge auf den Kopf zu stellen und mit geschraubten Wendungen wenigstens zu einer Bestätigung von Dingen zu gelangen, die man denn doch nicht offen zutzubeißen wagt. Wir haben bisher geglaubt, daß nicht nur Adel, sondern auch Verstand und reiche Lebenserfahrung verpflichtet. Wir haben geglaubt, daß der hochstehende Mann seinen Beruf erfüllt, wenn er auf Grund seines besseren Wissens, seiner Kenntniß der Verhältnisse ohne Menschenfurcht den Wahnvorstellungen und dem Fanatismus der ungebildeten Menge entgegentritt. Heute werden wir offiziös belehrt, daß der urtheilsfähige Mann ungekehrt wegen seines Adelsinns seiner höchste Achtung verdient, wenn er seine bessere Ueberzeugung in seinen verschwiegenen Busen zurückdrängt, um die propagandistische Kraft des Ultramontanismus nicht zu stählen. Heute werden wir offiziös belehrt: wenn das Zentrum nur einig sei, so habe sich die vaterländische Presse um die Zentrumsforderungen nicht zu kümmern. Wie groß muß das Bedürfniß sein, den Ultramontanen etwas Liebes zu sagen, wenn man zu so gequälten Wendungen greifen muß. Wir stehen in unserer innern Politik unter dem Zeichen des Krebses, und wir befürchten, daß dies auf die Dauer den Reichsgedanken, den Kaisergedanken schädigen wird. Es wäre bedenklich, wenn das alte, gähe Mißtrauen gegen das reaktionäre Preußen in den verschiedenen Bundesstaaten durch die Regierungspolitik zu neuem Leben erweckt würde."

Während indessen das rheinische Blatt mit leeren Redewendungen sich abquält, ist die „National-Zeitung" sofort bei der Hand, ihrerseits — Opposition anzukündigen; diese liest aus unserem Artikel folgende Konsequenzen heraus:

„Mit anderen Worten: das Zentrum imponirt der Regierung auf das höchste, sogar in seiner heutigen fragwürdigen Gestalt, in der ein unerhörter Fehler dieser Regierung das Meiste dazu gethan hat, der Zentrumspartei für einen Zeit wieder den Zusammenhalt zu sichern. Und man muß annehmen, daß das weitere politische Verhalten der Regierung dieser Ehrfurcht und Bewunderung, welche sie für die Herren Graf Ballestrem, Lieber und Genossen empfindet, entsprechen wird. Bestätigt sich diese Annahme — und die nächsten Tage müssen darüber Ja entscheidenden Aufschluß bringen —, so wird die politische Lage und die in ihr von den Liberalen, insbesondere auch von unseren politischen Freunden einzunehmende Stellung vollkommen klar sein . . . Gegenüber einer Regierung, welche sich unter das Joch des Klerikalismus beugt, wäre jede Politik des Kompromisses ausgeschlossen. Vorschläge, die in allen Punkten nach unserem Dafürhalten richtig wären, könnten, sogar, wenn sie von einer klerikal gegängelten Regierung kämen, von uns nicht kendenziös verworfen werden; wir würden die Forderung höchster Politik, hie von und Jahrzehnte hindurch nach allen Seiten vertreten worden, nicht dergestalt verleugnen. Aber unsere und — wie wir übersetzt sind — aller unserer politischen Freunde Zustimmung würde keiner Vorlage zu Theil werden, die in irgend einem Punkte ein Kompromiß erforderte. Dergleichen mag eine solche Regierung sich vom Zentrum besorgen lassen."

Das „Leipziger Tageblatt" verlegt sich aufs Protestiren:

„Wir müssen dagegen Verwahrung einlegen, daß die Jesuitentaktik, um „propagandistischer Zwecke" willen die „reifere Erkenntniß zurückstellen", als ein verdienstvolles „Opfer" gefeiert wird, wenn das „verbende und erziehende" Moment innewohnt, daß „der Edelmann mit dem Bürger und der Priester mit dem Laien sich auch einmal auf denselben Standpunkt stellt" — nein, in nichtswürdiger Heuchelei sich zu stellen vorgeben. Wir müssen ferner dagegen Verwahrung einlegen, daß die Hoffnung auf einen Zerfall des Zentrums eine „Spekulation der Parteigewinnsucht" ist. Wir sind mit dem Fürsten Bismarck der Meinung, daß der Bestand einer interinationalen kirchlich-konfessionellen parlamentarischen Partei nach wie vor, aber vielmehr heute in höherem Maße als je zuvor eine Gefahr für das Vaterland bildet. Der neue Kurs ist hierin anderer Ansicht, das wissen wir bereits. Als etwas Neues aber lebt uns der Leitartikel des offiziösen Blattes, daß das „Christenthum" der gegenwärtigen Regierung den Anschluß an die Jesuitenmoral glücklich erreicht hat."

So lange die Zentrumsblätter freisinnigen Wahlkandidaten ihre Stimme geben, pflegt die Freisinnspresse nicht allzu ängstlich zu sein; jetzt aber freilich auch die „Vossische Zeitung", die beruhigenden Zeichen sich mehren", daß Graf Caprivi entschlossen sei, sich des Zentrums als Stab zu bedienen. Sie bemüht sich, den Gegnern der Stütze bei seinen ferneren Erdenwallen als Staatsmann zu bedienen. Von diesem Gesichtspunkte aus muß man es beurtheilen, daß die „Nordd. Allg. Ztg." an leitender Stelle in einer Weise über den Mainzer Katholikentag sprach, welche auf eine Ablehnung der heutigen Vorgänge und Reden hinauslauft. . . . Die Schlußsätze der offiziösen Kundgebung sind anscheinend auf die Konservativen gemünzt; dieselben werden den ihnen ertheilten Wink verstehen und sich mit ihrer Gesinnung beeilen, welche sie, wie Graf Ballestrem in Mainz in gönnerhaftem Tone hervorgehoben hat, unter dem Schutze des unerschütterten Zentrums zu vollziehen haben."

Wenn endlich der „Börsen-Courier" meint:

„Es ist unmöglich, sich reinweg zu unterhalten, daß hier geschieht. Der Waschzettel hat eine verzweifelte Aehnlichkeit mit einem — Waschlappen."

So wird das Angeführte wohl genügen, um zu belegen, wie sehr unsere Darlegung dort getroffen hat, wo man niemals positiv, sondern immer nur Parteipolitik zu machen weiß, bei der Parteijournalistik nämlich.

Auch die **Wiener Journale** besprechen aus ihrem jeweiligen Parteistandpunkt den Mainzer Katholikentag. Mit besonderer Ausführlichkeit geschieht dies im Wiener „Fremdenblatt", dessen Schlußsätze folgendermaßen lauten:

„Der Bischof von Mainz hat in seiner Begrüßungs- und Segensrede, unter besonderer Zitirung eines geflügelten Wortes aus dem Munde des Grafen Capriol, den Kampf des Christenthums und des Atheismus als das Wesen der gegenwärtigen Bewegung in Kirche und Staat dargestellt. Dieser Kampf kann und darf mit den Mitteln der Kirche ausgefochten werden, ohne daß sie Eroberungen auf dem Gebiete staatlicher Institutionen zu machen hat. Die Kampfesmittel müssen ihr unbenommen bleiben; aber die Defensive ist die einzig richtige Streitart für sie. Die Grenzenschaften, welche der Katholizismus seit den Tagen des kirchenpolitischen Streites gemacht, sind groß und werthvoll; die Bekenner dieses Glaubens dürfen die wohlgegründete Ueberzeugung hegen, daß das Reichsoberhaupt und die maßgebenden Faktoren der Reichsregierung berechtigte Wünsche und Bestrebungen würdigen und beachten. Dem Zentrum ist, seit es seine natürliche Stellung unter den staatserhaltenden Parteien eingenommen, seinen streitbaren Charakter gemildert und gemäßigt hat, seine schwerwiegende Bedeutung im Staatsleben nicht nur erhalten, sondern gemehrt worden. In der Mitwirkung an der schöpferischen Thätigkeit im Reiche soll von nun an seine Stärke liegen; eine feste und maßvolle Defensive, frend jedem provokatorischen Uebermuth gegenüber feindlichen Parteien, die konsequente Unterstützung einer im guten Sinne konservativen Regierungspolitik — das sollte die Taktik des Katholizismus, soweit er politisch auftritt, in Preußen und im Deutschen Reiche sein, dies würde seine Position unanfechtbar machen in demselben."

Der Verband **deutscher Schirmfabrikanten** hat an den Reichskanzler ein Gesuch gerichtet, die russischen Eingangszölle für Schirme, Schirmstoffe, Schirmtheile und Posamenten möchten bei den angebahnten Verhandlungen herabgesetzt werden. Diese seien jetzt so hoch, daß diese Schirmwaaren nicht mehr ausfuhrfähig sind. Insbesondere gelte dies für Schirme selbst, deren Zoll im Laufe der letzten Jahre vier Mal erhöht wurde. Der Verband hofft, daß durch angemessene Zollherabsetzungen der russische Markt in früherer Weise zugänglich gemacht werden wird, was um so mehr erforderlich ist, als der Zollvertrag mit der Schweiz, wohin ebenfalls eine starke Schirmausfuhr stattfand, dem Gewerbe nicht den geringsten Vortheil gebracht hat, und Schweden, das Absatzgebiet dieseftiger Fabrikate, neuerdings starke Schutzzölle auf dieselben eingeführt hat.

Rundschau im Auslande.

Zur Jubiläumsfeier der vor hundert Jahren erfolgten Vereinigung Savoyens mit **Frankreich** hat sich der Präsident der Republik, Herr Carnot, nach Chambéry begeben. Bei dem gestrigen von der Munizipalität veranstalteten Festmahl erwiderte Präsident Carnot auf eine Ansprache des Bürgermeisters, der die Einmüthigkeit in den Gesinnungen der Bewohner von Savoyen betont hatte, die Republik habe keine treueren Bürger als die Savoyarden, welche die Interessen des Landes über die Parteikämpfe stellten. Die Parteien müßten jetzt vor dem Willen der Nation die Waffen strecken und sich vereint um die Fahne der Republik schaaren. Darin liege der wahre Patriotismus, welcher bedeute, Frankreich glücklich im Innern, geachtet im Auslande, ruhig und friedlich zu machen und der Welt Vertrauen zu der Republik einzuflößen. Präsident Carnot schloß mit einem Hoch auf das einige Frankreich und Frankreichs Söhne. Die Rede des Präsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Der auch von unserer Parser Korrespondenz in der Sonntagsnummer erwähnte Streit, welcher sich zwischen den Zeitungen „Figaro" und „Paris" einerseits und der antisemitischen „Libre Parole" andererseits entsponnen hat, macht immer größeres Aufsehen. Es handelt sich bekanntlich um die Pariser Kollekte für die russischen Nothleidenden, welche der bekannte Antisemit Drumont in seinem Blatte „Libre Parole" veranstaltete. Nach den beiden erstgenannten Zeitungen lehnte der russische Botschafter, Baron v. Mohrenheim, welchen Drumont die ersten zehntausend Franken sandte, mit dem Bemerken ab, er könne sie nicht annehmen, weil Herr Drumont nicht direkt an das Petersburger Komité adressiren, das alle Gaben sammele. Diese Haltung soll dem Botschafter von seinem kaiserlichen Gebieter vorgeschrieben worden sein, weil Kaiser Alexander die begleitenden Worte zu manchen Beiträgen unpassend und läppisch fand. Die Darstellung der „Libre Parole" ist eine andere. Baron von Mohrenheim, sagt deren Herausgeber Drumont, habe sich, als der erste Cheque von 10 000 Fr. abgeschickt werden sollte, in Bade befunden und habe deshalb ersucht, die Gabe direkt an das unter Oberleitung des russischen Thronfolgers stehende Petersburger Hülfskomitée zu senden. Das ist denn auch geschehen und die „Libre Parole" veröffentlicht das Facsimile der Quittung. Die Gesammtsumme der Kollekte beträgt indeß nahezu 30 000 Fr. Es ist daher sehr wohl möglich, daß die Annahme-Weigerung von Seiten des russischen Botschafters nach Abführung des „premier versement" erfolgt ist. Daß in dieser Angelegenheit nicht Alles ganz glatt verlaufen sei, beweisen zwei Artikel der antisemitischen Wortführer Drumont und Marquis de Morès, welche in der „Libre Parole" auf die Veröffentlichung der Quittung folgen. In dem ersten Aufsatz wendet sich Drumont in einem seltsamen Tone an den Zaren, um ihn vor einem geheimnißvoll angedeuteten Komplot zu warnen. Der Marquis de Morès faßt seine Mittheilung, die für den Baron v. Mohrenheim nichts weniger als angenehm sein dürfte, in einem an seinen Freund Drumont gerichteten Brief zusammen, worin gesagt ist:

„Der „Figaro" veröffentlicht eine Note, in der er erklärt, daß Herr v. Mohrenheim, der der Zeitung „Libre Parole" eine Quittung verweigert, auf Befehl des Kaisers von Rußland einen Danksagungsbrief an den Direktor eines Zirkus richtete, der eine Gedächtnißvorstellung veranstaltet hatte. Herr v. Mohrenheim kam bei anderen Gelegenheiten im Namen Rußlands um die Unterstützung unserer Freunde ein; wir bewilligten ihm unsere Unterstützung, ohne zu fälschen; er hätte sich dessen erinnern sollen. Als die Angelegenheit mit dem vergisteten Getreide losbrach, ließ er uns bitten, mit meinem Freunden vorzugehen. Er wiederholte mir mündlich, was er mir hatte sagen lassen, und machte mir folgende Bemerkungen: „Wir wissen nicht, mit wem wir hier unterhandeln sollen; ein großer Theil der Beamten und die ganze Presse sind in den Händen der Juden und Engländer; ich habe kein Geld, und die Engländer werfen das übrige mit vollen Händen um sich. Clemenceau greift in den Wandelgängen der Kammer das russische Bündniß offen an; ich bin sehr beunruhigt; ich weiß nicht, auf wen ich mich stützen soll." Der Botschafter sagte mir noch: Als die russische Anleihe gemacht wurde, bekämpfte Rothschild sie offen, und um den Markt niederzudrücken, verkaufte er ungeheure Massen von Rentenpapieren, die er allein besitzt." Ich habe noch andere Unterredungen mit Herrn v. Mohrenheim gehabt und werde sie, wenn nöthig, veröffentlichen. Man wird sich der Versammlung in Tivoli-Vauxhall und meiner Worte über Clemenceau erinnern. Diese Versammlung wurde abgehalten und diese Worte gesprochen, um dem russischen Botschafter angenehm zu sein und um eine öffentliche Meinung zu schaffen, die fähig wäre, die Bemühungen unserer gemeinschaftlichen Feinde zu vereiteln. Der Ihrige. Morès."

Fast alle Blätter schweigen diesen Brief todt, obgleich man weiß, daß Herr v. Mohrenheim mit Morès auf sehr gutem Fuße stand. Nur die „Gazette de France" giebt ihn vollständig wieder.

Bei dem letzten Wechsel des Ministeriums in **England** ist mehrfach von einer Einwirkung die Rede gewesen, welche die Königin Victoria auf die Zusammensetzung des Kabinets ausgeübt haben sollte. Insoweit hierbei Lord Rosebery in Frage kommen könnte, widerspricht die „Daily News" mit folgenden Worten:

„Die Mittheilung, daß die Königin kürzlich ein Schreiben an Lord Rosebery gerichtet habe, in welchem sie ihn auffordert, die Leitung des Auswärtigen Amtes zu übernehmen, ist, wie wir glauben, völlig unbegründet. Keinerlei Briefe sind, sei es direkt oder indirekt, zwischen Ihrer Majestät und Lord Rosebery gewechselt worden, ehe er die Siegel seines Amtes entgegennahm."

In **Lissabon** zog am Sonnabend ein Haufen beschäftigungsloser Arbeiter vor das Arbeitsministerium und forderte Lebensunterhalt und Arbeit. Als der Minister erklärte, daß ihm die Erfüllung ihrer Forderungen unmöglich sei, versuchten die Manifestanten gewaltsam in das Ministerium einzudringen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor und stellte die Ruhe wieder her.

Eine von etwa 2000 Personen besuchte sozialdemokratische Versammlung fand am Sonnabend in **Wien** statt. In derselben sprach der deutsche Reichstagsabgeordnete Bebel über die Entstehungsgründe und die Ziele des modernen Sozialismus im Allgemeinen und die Stellung der deutschen Sozialdemokratie im Besonderen. Den österreichischen Sozialisten wurde von Bebel die Anstrebung des allgemeinen Stimmrechts anempfohlen.

Wie der „Kölnischen Zeitung" aus **Belgrad** gemeldet wird, hat die zur Untersuchung des Standes der Finanzen eingesetzte Kommission festgestellt, daß Pasitsch 30 Millionen Francs schwebende Schuld zurückgelassen hat. Das serbische Amtsblatt veröffentlicht gleichzeitig das Programm des liberalen Kabinets. Der auf die Finanzen Bezug habende, wesentlichste Punkt lautet: „Die Regierung wird den wahren Stand der Finanzen feststellen, um der Kammer ein reines Budget vorlegen zu können. Das Steuersystem wird geregelt werden; um dasselbe zu erleichtern und die Steuern gerechter zu vertheilen, wird die Regierung sofort zur Einführung von Grundbüchern und einem Katasters schreiten. Die Upravaa Fondowa, sowie die in der Provinz befindlichen Regierungsbanken werden zu moderner Grundlage reorganisirt werden. Ueberdies wird die Regierung zur Hebung des Handels eine Exportbank schaffen. Das Tabacks- und das Salzmonopol werden auf dem Wege der Gesetzgebung abgeschafft unter vollem Schutze der Gläubiger. Die Staatsschulden werden unifizirt und sobald die Lage es gestattet, konvertirt werden. Ferner wird eine Valutaregulirung auf Grundlage der Goldwährung in Aussicht gestellt.

Die ursprünglich Lord Roberts zugedachte Mission nach **Kabul** soll nunmehr Mortimer Durand und Georges Greaves anvertraut werden. Dieselben werden die Aufgabe haben, den Emir von Afghanistan über die von England an der Nordwestgrenze Indiens eingeschlagende Politik aufzuklären.

Nach einer **Meldung** des „Reuter'schen Bureau's" aus **Pittsburg** riefen am Sonnabend Abend Passagiere eines Vergnügungsdampfers bei der Vorbeifahrt bei Homestead den auf den Carnegie'schen Werken freiwillig Arbeitenden Beleidigungen zu. Infolge dessen setzte eine Anzahl der dort stationirten Truppen sofort in einem Boote dem Dampfer nach, gingen an Bord besselben und machten einen Bajonett-Angriff gegen die Passagiere. Bei der hierdurch hervorgerufenen Panik wurden eine Frau und mehrere Kinder schwer verletzt. Einige zwanzig Passagiere wurden verhaftet